

Stand: 10.02.2026 04:50:14

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/390

"Kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten: Berlin die rote Karte zeigen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/390 vom 07.02.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/608 des LA vom 21.02.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 13 vom 13.03.2024
4. Beschluss des Plenums 19/1553 vom 09.04.2024
5. Plenarprotokoll Nr. 15 vom 09.04.2024



Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)**

Kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten: Berlin die rote Karte zeigen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass der Freistaat aufgrund seiner in Deutschland einzigartigen kleinbäuerlichen Struktur mehr Landeskompentenzen zur Regelung eigener landwirtschaftlicher Belange erhält. Dazu zählen:

1. Regelungen zur Anbindehaltung. Hier muss anstatt eines generellen Verbotes auf ein freiwilliges Auslaufen hingewirkt werden. Im Zuge einer funktionsfähigen Almbewirtschaftung ist an der Kombihaltung festzuhalten.
2. Regelungen zur Regulierung von geschützten Tierarten. Anstatt strikter nationaler Vorgaben braucht es ein gezieltes Artenmanagement, das sich an regionalen Erfordernissen orientiert.
3. Regelungen zum Gewässerschutz und zur Bestimmung von roten und gelben Gebieten im Bereich der Landwirtschaft. Landwirtschaftliche Betriebe sind bei einer nachweislich gewässerschonenden Bewirtschaftungsweise von etwaigen Auflagen auszunehmen. Hier müssen die geltenden Bestimmungen stärker am Verursacherprinzip ausgerichtet werden.
4. Geplante Bundesregelungen, die alle Landwirte im Bundesgebiet gleichermaßen betreffen (bspw. Agrardiesel etc.) sind vor ihrem Inkrafttreten auf ihre länderspezifischen Auswirkungen hin zu prüfen und gegebenenfalls mit diesen abzustimmen.

Begründung:

Aufgrund seiner kleinteiligen landwirtschaftlichen Struktur nimmt Bayern in Deutschland eine Sonderrolle ein. Die etwas mehr als 80 000 Betriebe im Freistaat wirtschaften auf einer durchschnittlichen Fläche von lediglich 36,7 Hektar (Bezugsjahr 2020) und sind damit besonders von der Transformation der Landwirtschaft betroffen. Aufgrund seiner generationsübergreifenden, nachhaltigen Bewirtschaftungsweise gilt der bäuerliche Berufsstand in Bayern als besonders schützenswert. Umso weniger kann es hingenommen werden, wenn diese traditionellen, ortsansässigen kleinbäuerlichen Betriebsformen aufgrund von einheitlich übergestülpten Bundesregelungen mit ostdeutschen, industriell arbeitenden Großlandwirtschaftsbetrieben über einen Kamm geschert werden.

Denn dies befeuert nicht nur das Höfesterben, sondern bewirkt zudem auch noch eine weitere Intensivierung der Landwirtschaft auf den verbliebenen Landwirtschaftsflächen. Deshalb ist darauf hinzuwirken, dass Bayern aufgrund seiner geografischen und strukturellen Besonderheiten künftig eine Sonderrolle bei der Ausgestaltung seiner Landwirtschaftspolitik zukommt. Hierzu bedarf es jedoch mehr Kompetenzen, die angesichts der offensichtlichen Unzufriedenheit unserer heimischen Bauern nun vehemente denn je eingefordert werden müssen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

**Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und
Fraktion (AfD)**
Drs. 19/390

Kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten: Berlin die rote Karte zeigen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Ralf Stadler**
Mitberichterstatterin: **Ulrike Müller**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 21. Februar 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Petra Högl
Stellvertretende Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Votums seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen bzw. sind die Voten übernommen.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über die Verfassungsstreitigkeiten,
Europaangelegenheiten und nicht einzeln zu beratenden
Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 28. Dezember 2023 (1 BvF 1/18) betreffend Verfahren über den Antrag festzustellen, ob Artikel 11 Absatz 3, Artikel 13 Absatz 1 Nummer 1b), Artikel 14 Absatz 1 Nummer 4, Artikel 15 Absatz 3 Nummer 1, Artikel 16 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und Absatz 2 Satz 1 („einer drohenden Gefahr für ein bedeutendes Rechtsgut“), auch im Zusammenhang mit Artikel 17 Absatz 1 Nummer 4 („dies unerlässlich ist, um Maßnahmen nach Artikel 16 durchzusetzen“), Artikel 20 Nummer 3 Satz 3, Artikel 21 Absatz 1 Nummer 3, Artikel 25 Absatz 1 Nummer 1b), Artikel 32 Absatz 1 Satz 2, Artikel 33 Absatz 2 Nummer 1b), Artikel 34 Absatz 1 Satz 1, Artikel 35 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, Artikel 36 Absatz 2, Artikel 40 Absatz 1 Nummer 2, Artikel 42 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, Artikel 45 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und Artikel 60 Absatz 3 Nummer 1 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397) in der Fassung des Gesetzes zur Neuordnung des Bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301 und 434) mit dem Grundgesetz unvereinbar und daher nichtig ist PII-3001-3-3
Drs. 19/576 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 17.11.2023 (1 BvR 2271/18 und 1 BvR 506/19) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen Artikel 36 Absatz 1 bis 3, Artikel 37 Absatz 1 und Absatz 4 Satz 2, Artikel 38 Absatz 1, Artikel 39 Absatz 1 und Absatz 3 Satz 3 in Verbindung mit Artikel 40 Absatz 1 Nummer 2 und 3, Artikel 42 Absatz 1 und Absatz 2, Artikel 45 Absatz 1 und Absatz 2, Artikel 47 Absatz 1 Nummer 2, 4 in Verbindung mit Artikel 42 Absatz 1, 2 und Absatz 5 und Artikel 86 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit Artikel 86 Absatz 4 und Artikel 83 Absatz 4 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397) in der Fassung des Gesetzes zur Neuordnung des Bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301 und 434)
– 1 BvR 2271/18 –
gegen Artikel 22 Absatz 2, Artikel 32, 33, 35, 36, 37, 38, 40, 41, 42, 43, 44 Absatz 1 Satz 5, Artikel 45, 47, 49, 60 Absatz 3 und Artikel 61 Absatz 2 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz-PAG) vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397) in der Fassung des Gesetzes zur Neuordnung des Bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301 und 434)
– 1 BvR 506/19 –
PII-3001-3-2
Drs. 19/575 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A
--------------------------	--------------------------	-------------------------------	----------------------------	----------------------------

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 22. Januar 2024 (Vf. 4-VII-24) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans mit Grünordnung Nr. 2109 der Landeshauptstadt München vom 6. Juli 2022
PII-3001-2-1
Drs. 19/578 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/> Z				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	----------------------------

Europaangelegenheiten

4. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Gerhard Hopp, Martin Wagle, Alex Dorow u.a. CSU
Subsidiarität
Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext
COM(2023) 790 final
BR-Drs. 46/24
Drs. 19/588, 19/650

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

5. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union
Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Entwicklung der Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft
COM(2023) 316 final
BR-Drs. 305/23
Drs. 19/303, 19/651

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag nimmt das Vorhaben mit den auf Drs. 19/651 veröffentlichten Anmerkungen zur Kenntnis.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

6. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, dem Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
EU-Justizbarometer 2023
COM(2023) 309 final
BR-Drs.: 323/23
Drs. 19/304, 19/654

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im nichtlegislatischen Verfahren der Europäischen Union die auf Drs. 19/654 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

7. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union
Vorschlag für eine Empfehlung des Rates „Europa in Bewegung“ – Lernmobilität für alle
COM(2023) 719 final
BR-Drs.: 643/23
Drs. 19/305, 19/663

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag nimmt das Vorhaben mit den auf 19/663 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

Anträge

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Verena Osgyan, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wissenschaftsstandort Bayern erhalten – Personal an unseren Hochschulen stärken
Drs. 19/31, 19/536 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht zum Testbetrieb der „Verfahrensübergreifenden Recherche- und Analyseplattform“ – VeRA
Drs. 19/113, 19/478 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD) Lachgas – die neue Drogenepidemie?
Drs. 19/135, 19/477 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

11. Antrag der Abgeordneten Oskar Lipp, Florian Köhler, Johannes Meier und Fraktion (AfD) Grünflation stoppen: CO₂-Abgabe abschaffen!
Drs. 19/203, 19/617 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Dr. Stephan Oetzinger, Robert Brannekämper, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über Arbeitsbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs und junger Wissenschaftler im Vergleich
Drs. 19/227, 19/609 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

13. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Jugendherbergen sicher durch die Krise bringen
Drs. 19/228, 19/592 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

14. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Ralf Stadler, Oskar Lipp u.a. und Fraktion (AfD)
Hofnahe Schlachtung in Bayern
Drs. 19/236, 19/607 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

15. Antrag der Abgeordneten Oskar Lipp, Ralf Stadler, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD) Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen Drs. 19/238, 19/581 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD) Tourismus in Niederbayern Drs. 19/239, 19/555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Verbot der Gendersprache an Hochschulen in Bayern Drs. 19/270, 19/600 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD) Anhörung: Für eine EU ohne Antisemitismus Drs. 19/271, 19/487 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Agrardieselrückvergütung beibehalten und Biokraftstoffe steuerfrei stellen
Drs. 19/272, 19/605 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/> ENTH				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------

20. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Anna Rasehorn, Nicole Bäumler u.a. SPD
Gegen Antisemitismus in Bayern – langfristige Finanzierung von RIAS Bayern sicherstellen
Drs. 19/280, 19/620 (A) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sachstand zur Standortsuche für einen Neubau der Justizvollzugsanstalt Bamberg
Drs. 19/297, 19/594 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
-------------------------------	-------------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktueller Stand Zukunftsinitiative Deutsches Museum
Drs. 19/298, 19/601 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geldnot der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt
Drs. 19/299, 19/602 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haus der Kunst: Zeitplan für eine nachhaltige und
nutzerorientierte Sanierung
Drs. 19/300, 19/603 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über den Beitrag Bayerns zum Weltnaturerbe „Grünes Band“
Drs. 19/301, 19/616 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lehrschlachthöfe errichten – mehr Tierwohl und mehr Praxisnähe für die Studierenden Drs. 19/302, 19/587 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Naturkundemuseum Bayern: Sachstandsbericht Drs. 19/308, 19/604 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

28. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD) Pendler entlasten – Erhöhung und Dynamisierung der Entfernungspauschale Drs. 19/310, 19/606 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

29. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und Fraktion (AfD) Regionale Identität stärken: Denkmalschutzprogramm zum Schutz und zur Wiederbelebung dörflicher Strukturen auflegen Drs. 19/317, 19/593 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

30. Antrag der Abgeordneten Walter Nussel, Alexander Flierl,
Dr. Gerhard Hopp u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Biokraftstoff aus China auf Echtheit kontrollieren
Drs. 19/325, 19/621 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

31. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl,
Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kein Strukturbruch in der landwirtschaftlichen Tierhaltung und
Beibehaltung der bisherigen Rechtslage bezüglich Jagdhunden
bei der geplanten Änderung des Tierschutzgesetzes
Drs. 19/349, 19/618 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	A	A
--------------------------	--------------------------	--------------------------	---	---

32. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke,
Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Alexander Flierl, Petra Högl, Josef Zellmeier u.a. CSU
Entnahme von Saatkrähen zur Verhinderung landwirtschaftlicher
und urbaner Schäden
Drs. 19/350, 19/619 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	A	ENTH
--------------------------	--------------------------	--------------------------	---	------

33. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Dr. Ute Eiling-Hüting, Holger Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Der Freistaat Bayern steht fest und solidarisch an der Seite Israels
Drs. 19/355, 19/542 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

34. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wartezeiten für Gентest auf Veränderungen in den beiden Genen BRCA1 und BRCA2 verkürzen!
Drs. 19/356, 19/610 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	ENTH
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--	--

35. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Nicole Bäumler, Doris Rauscher u.a. SPD
Anhörung zur Änderung des Pflegendenvereinigungsgesetzes
Drs. 19/358, 19/595 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--	--------------------------	--------------------------

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für das Klima und die Planungssicherheit unserer Kommunen:
Wärmeplanung jetzt in Bayern umsetzen
Drs. 19/368, 19/622 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

37. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten: Berlin die rote Karte zeigen!
Drs. 19/390, 19/608 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

38. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
VeRA: Für einen effektiven und rechtssicheren Testbetrieb
Drs. 19/471, 19/591 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				



Beschluss
des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/390, 19/608

Kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten: Berlin die rote Karte zeigen!

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Tobias Reiß
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Ralf Stadler

Abg. Sascha Schnürer

Abg. Mia Goller

Abg. Ulrike Müller

Abg. Ruth Müller

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)

Kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten: Berlin die rote Karte zeigen!
(Drs. 19/390)

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zum Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist Kollege Ralf Stadler.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Was passiert, wenn die Altparteienpolitik in der Landwirtschaft derart versagt, dass es sogar den Verbrauchern zu bunt wurde, erlebten wir zum Jahreswechsel 2023/2024 bei einem der größten berechtigten Bauernproteste Deutschlands. Die AfD war die einzige von fünf Parteien im Bayerischen Landtag, die die Sorgen der Landwirte ernst nahm und einen Dringlichkeitsantrag ins Plenum einbrachte. Die restlichen Parteien, die entweder in Berlin oder hier in Bayern in Regierungsverantwortung stehen, haben sich bis heute hier im Plenum bedeckt gehalten.

Dabei ist die bayerische Landwirtschaft, die überwiegend aus Nebenerwerbslandwirtschaft und mittelständischen Familienbetrieben besteht, besonders hart betroffen. Wegen einer desolaten Eintopfpolitik reicht das Geld, das der Landwirt für seine Erzeugnisse bekommt, mittlerweile kaum noch aus, um die Produktionskosten zu decken. Deshalb versuchen die Parteien, die Regierungsverantwortung tragen, mit Finanzhilfen – auch Subventionen genannt, die im Endeffekt unsere Steuern sind –, mit Einkommensgrundstützung, Investitionsförderung, Umweltzuschuss, Tierwohlleistungen und unter anderem auch mit der Kfz-Steuerbefreiung und den bisherigen Steuer-

begünstigungen beim Diesel die Gemüter der Landwirte zu besänftigen. Diese Finanzhilfen wurden in den letzten Jahren jedoch immer mehr gestrichen oder an höhere Anforderungen geknüpft. Die finanziellen Belastungen an den Höfen nehmen dadurch drastisch zu. Das Resultat ist, dass dadurch besonders in Bayern immer mehr Höfe aufgeben.

Eines von vielen weiteren gravierenden Problemen stellen die importierten landwirtschaftlichen Produkte dar, die nicht unseren Sozial-, Umwelt- und Tierwohlstandards entsprechen. Wie soll denn der Verbraucher diese ausländischen Produkte erkennen oder äußerlich von der heimischen Ware unterscheiden können, außer am Preis, mit dem unsere Erzeuger nicht mithalten können? Wenn das die Wertschöpfung ist, von der die Verantwortlichen immer predigen, wäre ich als Bauer auch stinksauer. Darum braucht es verpflichtende Standards, die unseren entsprechen. Dadurch können wir besonders in Bayern alle Sparten unserer heimischen landwirtschaftlichen Betriebe stärken, egal ob Nebenerwerbslandwirtschaft oder mittelständischer Familienbetrieb, und ihren Fortbestand sichern, und das ohne großen bürokratischen Aufwand. Damit aber diese Forderungen unserer Landwirte ankommen und erfüllt werden, braucht es eine konstruktive Zusammenarbeit. Mit Waffenlieferungen bekommt man die Bevölkerung jedenfalls nicht satt.

Sollte die Wahlrechtsreform so beibehalten werden, ist September 2025 für die circa 44 CSU-Abgeordneten im Bundestag Schicht im Schacht. Deshalb appellieren wir von der AfD an Sie, Ihre CSU-Kollegen zu mobilisieren, um wenigstens noch die Forderungen unserer bayerischen Landwirte in Berlin gemeinsam umzusetzen. Die Zeit läuft.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Sascha Schnürer.

Sascha Schnürer (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Mitglieder des Hohen Hauses, sehr geehrte Gäste und guten Morgen, Herr Stadler! Ich habe

mich schon darauf gefreut, heute von Ihnen ein paar Neuigkeiten aus der Vermarktungsmaschine für Ihren Verein zur kleinbäuerlichen Landwirtschaft zu erfahren. Aber leider ist auch heute wieder nichts dabei. Das einzig Positive, Herr Stadler, was ich aus Ihrem Antrag herauslese, ist, dass auch Sie wohl langsam mitbekommen, wo die Probleme der Landwirtschaft derzeit liegen. Ich freue mich schon wirklich darauf, wenn wir uns im Ausschuss künftig weniger mit Verbotsanträgen gegen Fast-Food-Ketten beschäftigen müssen, wofür wir weder fachlich noch anderweitig zuständig sind, sondern wir uns mehr um die Probleme der Bäuerinnen und Bauern in unserem Land kümmern können. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben unsere Landwirte wirklich verdient.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Herr Stadler, wir unterscheiden uns sehr deutlich im Politikstil. Wir wollen den Menschen weder vorschreiben, was sie essen sollen, wie sie zu leben haben oder wie sie ihre Betriebsgröße beziffern. Sie reden immer von Freiheit und von Bürokratieabbau und von Vereinfachung, wollen mit der Definition von kleinbäuerlichen landwirtschaftlichen Betrieben aber Größenklassen einführen, die letztendlich zwangsweise zu mehr Bürokratie führen und ausgrenzen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, da spielen wir von der CSU-Fraktion nicht mit.

(Beifall bei der CSU)

Kommen wir nun im Detail zu Ihrem Antrag. Die Bayerische Staatsregierung steht hinter der bäuerlichen Landwirtschaft und vor allem dem ländlichen Raum. Die Landwirte, aber auch unsere Unternehmer wollen keine Almosen; sie wollen eine solide Politik; sie wollen Planungssicherheit und Verlässlichkeit, und sie brauchen Luft zum Atmen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie in unseren Zukunftsvertrag mit dem Bauerverband und in unseren Koalitionsvertrag schauen, sehen Sie, dass wir uns genau dazu verpflichtet haben.

Ich verrate Ihnen noch ein Geheimnis: Weder die Unternehmer noch die Landwirte bei uns wollen Ihre EU-Austrittsfantasien, die unser Land in die sicherheits- und wirtschaftspolitische Isolation treiben würden. Was Sie von der AfD immer fordern! Wissen Sie überhaupt, dass wir jedes Jahr landwirtschaftliche Produkte im Wert von 12 Milliarden Euro exportieren?

(Beifall bei der CSU)

Und nun zum Murks, was derzeit in Sachen Agrar- und Wirtschaftspolitik aus Berlin kommt. Unsere Staatsregierung stellt sich vor die Landwirte und Unternehmer, egal ob es um das Thema Agrardiesel, um das Heizungsgesetz oder um die EEG-Novellierung oder um vermeintliche Referentenentwürfe für ein neues Waldgesetz geht. Unser Ministerpräsident und vor allem unsere Landwirtschaftsministerin agieren so, wie man sich das von einem Landesvater oder von einer Mama Bavaria vorstellt: Sie kämpft jeden Tag wie eine Löwin für die Landwirtschaft, wenn sich Herr Özdemir, Herr Scholz, Herr Lindner oder Herr Habeck wieder neue Gängeleien einfallen lassen, wie man den Leistungsträgern in unserem Land das Leben schwer macht.

(Beifall bei der CSU)

Nun zu den Punkten in Ihrem Antrag:

Erstens. Sie fordern die Staatsregierung auf, bei der Anbindehaltung statt auf Verbote auf Freiwilligkeit zu setzen. Dafür setzen wir uns seit Langem ein, Herr Stadler. Wir stehen für Freiwilligkeit und fordern nicht ein Ordnungsrecht. Wir fördern statt zu verbieten. Das ist unsere Devise.

Wir haben das einzelbetriebliche Investitionsprogramm und das Bayerische Sonderprogramm Landwirtschaft – BaySL – aufgesetzt. Allein im Jahr 2022 haben wir über 37 Millionen Euro für die Umstellung von Anbindeställen auf Laufställe bewilligt. Darüber hinaus fordern wir die Weidehaltung und haben 2023 die Weideprämie pro Großviecheinheit von 50 auf 75 Euro angehoben.

Zum Referentenentwurf des Tierschutzgesetzes der Bundesregierung haben wir bereits im Dezember 2023 einen Entschließungsantrag in den Bundesrat eingebbracht mit der Forderung, auf ein generelles Verbot der Anbindehaltung von Milchkühen zu verzichten. Auch wenn der Antrag im Februar keine Mehrheit gefunden hat, wir werden unsere Landwirte nicht im Stich lassen; sie können sich sicher sein: Wir werden uns mit allen Mitteln weiter dafür einsetzen, dass unsere Landwirte eine gute Zukunft haben.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Sie fordern ein Artenmanagement zur Regulierung geschützter Tierarten. Auch das machen wir seit Langem. Stellvertretend nenne ich das Beispiel Wolf. Hier hat die Staatsregierung die Weidetierhalter mit dem Bayerischen Aktionsplan Wolf im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten unterstützt. Gut, das war zu kurz gesprungen. Deshalb hat man mit der Bayerischen Wolfsverordnung nachgesteuert; sie sieht für nicht schützbare Weidegebiete eine unkomplizierte und schnellere Entnahme von Wölfen nach dem Riss eines Nutzters vor. Aber – das ist leider Gottes eine unbequeme Sache, darüber müssen wir reden – wir müssen uns auch fragen, wie viel Wolf das Land Bayern verträgt, was wir unseren Landwirten zumuten können. Wir sagen: Es reicht! – Deshalb haben wir auch da bereits gehandelt und fordern eine Absenkung des Schutzstatus des Wolfes in den einschlägigen Rechtsakten und die Feststellung des günstigen Erhaltungszustandes für den Wolf bei uns in Deutschland. Damit erhalten wir die Voraussetzungen für ein aktives Management, das Sie fordern. Aber auch das könnten Sie nachlesen: Bundesratsdrucksache 650/23 vom 13.12.2023. Auch das ist erledigt, Herr Stadler.

(Beifall bei der CSU)

Drittens, bezüglich Ihrer Forderung nach Regelungen zum Gewässerschutz und zur Bestimmung von roten Gebieten: Wasser ist unser höchstes Gut, Herr Stadler, und die Grundlage für unser Leben; darin sollten wir uns einig sein. Nun geht es darum, geeig-

nete Messverfahren zu installieren und bei Auffälligkeiten Lösungsansätze zu verfolgen, die den Verursacher treffen, um damit zu hohe Belastungen in den Gewässerkörpern abzustellen, statt unsere Landwirte zu bestrafen, die auf entsprechende Messergebnisse keinen Einfluss haben.

Wir haben im Rahmen unserer Möglichkeiten sehr viel gemacht: Wir haben mit § 13a in der Düngeverordnung – DüV – mit der Zwanzig-Prozent-Flächenregelung einen Ausnahmetatbestand normiert, und das als einziges Bundesland. Das sollten Sie wissen. Wir haben Übergangsregelungen beim erstmaligen Ausweis. Die kleinstrukturierten Betriebe bis 15 Hektar wurden von der kompletten Dokumentation befreit. Zur Wahrheit gehört aber auch: Es gab und gibt massiven Ärger bei der Ausweisung der Gebiete, und das Messstellennetz ist zu großmaschig, wodurch Ungerechtigkeiten entstehen. Ich war sehr viel draußen und habe das mitbekommen. Die Wasserwirtschaftsämter handeln jetzt, und ich hoffe, dass durch das neue Messstellennetz die Problemstellen stärker eingegrenzt werden können und dadurch einige oder – ich glaube, das hoffen wir alle – viele rote Gebiete wegfallen.

Meine lieben Kollegen, Landwirtschaft ist weit mehr als nur die Produktion von Nahrungsmitteln; sie ist die Basis unseres Wohlstands, unseres bayerischen Lebensgefühls und unserer wunderschönen Kulturlandschaft. Bayern geht seit Langem erfolgreich einen eigenständigen Weg in der Agrarpolitik und lässt sich weder von Berlin noch von der AfD beirren.

(Beifall bei der CSU)

Gehen Sie bitte diesen Weg mit uns gemeinsam und lehnen Sie den Antrag der AfD ab. Das, was Sie, Herr Stadler, gemacht haben, war nichts anderes als organisierter Zeitdiebstahl.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Ralf Stadler vor. Bitte sehr.

(Das Tischmikrofon fällt aus)

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Schnürer, wenn Sie alles das machen, wovon Sie gesprochen haben, wieso sind dann Tausende Landwirte in Bayern auf die Straße gegangen?

(Zurufe von der CSU)

– Das ist so.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie haben keine Ahnung!)

– Seien Sie doch mal ruhig! Jetzt rede ich.

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wer hat denn § 164 des Bewertungsgesetzes missachtet? Wer hat denn den Nebenerwerbslandwirten geschadet? Das würde mich interessieren. Darauf habe ich bis heute keine Antwort von Ihnen.

Sascha Schnürer (CSU): Sie hatten ja noch nicht gefragt, Herr Stadler. Ich sage Ihnen auch eines: Ich war mit den Landwirten auf der Straße und werde auch zukünftig wieder mit den Landwirten auf die Straße gehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Mia Goller von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Mia Goller (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD will mehr Länderkompetenz. Ich persönlich würde mir von dieser

Partei erst einmal mehr Landwirtschaftskompetenz wünschen. Ein bisschen mehr Mut zu handwerklicher Arbeit wäre auch nicht schlecht.

(Zuruf von der AfD: Das muss gerade von Ihnen kommen!)

Wenn ich mir Ihre Haltung zur Landwirtschaft und zu den aktuellen Herausforderungen anhöre, dann wird für mich eines sehr deutlich: Als aktiver Landwirt wären Sie, Herr Stadler, eine völlige Fehlbesetzung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn eine Bäuerin oder ein Bauer die Stallarbeit in der Früh so verschlafen würde, wie es Ihnen, Herr Stadler, offensichtlich bei allen agrarpolitischen Themen immer wieder passiert, dann müssten wir in Bayern unsere Milch komplett aus dem Ausland importieren. Sie müssen in der Landwirtschaftspolitik – wie in der Landwirtschaft – ganz einfach früher aufstehen. Denn, Kolleginnen und Kollegen, das, was in diesem Antrag gefordert wird, ist längst in der Diskussion. Auf diesem Gebiet wird längst gehandelt, und zwar auf Länder- und auf Bundesebene. Die demokratischen Parteien sind an diesen Themen dran.

Ich greife jetzt einfach ein Beispiel heraus. Ihr Lamento zu dem Thema rote und gelbe Gebiete ist ein ganz kläglicher Versuch, sich bei der Landwirtschaft immer wieder anzubiedern. Gerichtsverfahren zu diesem Thema sind längst abgeschlossen.

Wir GRÜNEN fordern schon lange, das Verursacherprinzip in den Vordergrund zu stellen.

(Zuruf von der AfD)

– Ich?

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Wir brauchen natürlich mehr und bessere Messstellen; das ist uns allen klar. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass "Green by Concept" ein wichtiges Merkmal beim Gewässer- und beim Artenschutz wird.

Wir wollen, dass nachhaltig wirtschaftende Betriebe in Zukunft weniger dokumentieren müssen.

Cem Özdemir führt endlich die Herkunfts kennzeichnung ein.

Herr Stadler, wissen Sie das alles nicht oder interessiert Sie das einfach nicht?

Die AfD ist einmal mehr zu spät dran. Ich kann nur hoffen, dass sich niemand in Bayern darauf verlässt, dass die AfD hier irgendetwas verbessern würde. Denn sie kann es einfach nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächste Rednerin ist die Kollegin Ulrike Müller von den FREIEN WÄHLERN.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass ich heute erstmals nach meiner Rückkehr in den Bayerischen Landtag vor Ihnen sprechen darf.

Werte Kollegen der AfD, zunächst gilt es festzuhalten, dass Sie in Ihrem Antrag wesentliche Aktivitäten der Staatsregierung, der CSU und der FREIEN WÄHLER als wichtig und dringlich beschreiben. Das gilt vor allem für den angesprochenen Punkt "Anbindehaltung" und reicht bis hin zu den Absprachen zwischen Bund und Ländern. Sie bieten allerdings keine neuen Ansätze, sondern wiederholen wohlbekannte Fragestellungen. Ich möchte Sie jetzt aber nicht mit einer administrativen Antwort abwimmeln, sondern mich mit Ihrem Antrag und dessen Begründung ernsthaft auseinandersetzen.

Sie stellen die Agrarpolitik stark vereinfacht dar, man kann sagen, als eine Art Konkurrenzkampf zwischen West- und Ostbetrieben. Dies zeigt wieder einmal deutlich, dass Sie uns Europäer nicht als Partner, sondern als Konkurrenten sehen, liebe AfD.

Die Gemeinsame Agrarpolitik, GAP, war und ist der einzige vergemeinschaftete Sektor in der europäischen Politik. Und das ist auch gut so.

Die Möglichkeiten der Staatsregierung, auf das Handeln des Bundes einzuwirken, sind im Grundgesetz in den Artikeln über die Zuständigkeiten der Länder klar geregelt. Es ist also nicht so, dass wir durch Initiativen in diesem Haus die Agrarpolitik aushebeln oder grundlegend verändern könnten.

Dennoch können wir über unsere Abgeordneten in Brüssel und durch die politische Arbeit in unseren Gremien Dinge beeinflussen und in vernünftige Bahnen lenken. Topaktuelles Beispiel sind die laufenden beschleunigten Verfahren zur Änderung des GAP-Basisrechtsaktes. Am Donnerstag wird im Europäischen Parlament über das Urgent Procedure abgestimmt. Wir hoffen, dass wir am 26. April, wenn die letzte Abstimmung darüber im Europäischen Parlament stattfindet, mit großer Mehrheit über alle Fraktionen hinweg noch vor Ende des Mandats die Neuerungen für die mindestens vier Jahre laufende GAP regeln und damit massive Vereinfachungen für unsere Bäuerinnen und Bauern erreichen können. Es geht tatsächlich um sehr viel. Der Rat der Europäischen Union hat bereits zugestimmt; leider hat sich Deutschland enthalten.

Das Europäische Parlament konnte viel Positives für die bayerischen Bauern verankern. Beispiele sind die Ausnahme von den Cross-Compliance-Kontrollen für Betriebe mit einer Fläche von unter 10 Hektar, Erleichterungen bei den Vorgaben zu den GLÖZ-Standards 6, 7 und 8; ich könnte dazu im Detail ausführen. Ich glaube, das sind gute Ansätze.

Ein weiterer gedanklicher Fehler in der Begründung Ihres Antrags ist es, per se "klein" zu definieren. "Klein" verglichen mit wem? Die gemeinsame europäische Agrarpolitik setzt den Rahmen für neun Millionen Betriebe in der Europäischen Union. Die durch-

schnittliche Betriebsgröße beträgt 17 Hektar. Bayern liegt mit 37 Hektar deutlich darüber, würde ich einmal sagen. Ihre Begründung springt also fachlich zu kurz.

Was uns tatsächlich Sorgen machen muss, ist, dass pro Tag tausend Betriebe in der Europäischen Union aufgeben müssen. Täglich tausend Mal wird die wirtschaftliche Basis der ländlichen Räume geschwächt. Tausend Mal verlieren Familien ihren Lebensmittelpunkt und ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage. Wir könnten mit einer sinnvollen Nutzung der Spielräume der EU-Vorgaben für Bayern und ganz Deutschland tatsächlich mehr tun, als die aktuelle Bundesregierung, aber auch die Vorgängerregierungen getan haben. Die Staatsregierung hat auch insoweit im Vergleich zu anderen Bundesländern in Deutschland unstrittig mehr getan.

Aber das Gute ist der Feind des Besseren. Es gibt Mitgliedstaaten und Regionen, die sich weit mehr einsetzen.

Wir brauchen die sogenannte Eins-zu-eins-Umsetzung der EU-Richtlinien und Verordnungen. Das ewige Draufsatteln in Deutschland muss ein Ende finden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das wurde den Bauern seit vielen Jahren von wechselnden Regierungen versprochen; umgesetzt wurde es leider nie.

Ich komme zum Ende. Der Antrag der AfD bringt keine neuen Vorschläge und wird mit fachlichen Fehleinschätzungen begründet. Wie zu Beginn ausgeführt, unterstreicht er bereits umgesetzte politische Aktivitäten der Staatsregierung. Die Themen sind entweder in Bearbeitung oder in Umsetzung. Der Antrag wird deshalb von den FREIEN WÄHLERN abgelehnt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Mir liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Ralf Stadler vor.

Ralf Stadler (AfD): Frau Müller, wir haben ein gerechtes Steuersystem: Wer viel verdient, zahlt viele Steuern und wird stärker belastet, der Geringverdiener wird weniger belastet. Wieso wird dieses System nicht in der Landwirtschaft angewendet? Da werden der Kleinstbetrieb, der mittelständische Betrieb, der Großbetrieb und der Großgrundbesitzer alle in einen Hut geworfen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das stimmt doch gar nicht!)

Das ist das Problem. Daran fehlt es. Deswegen haben wir dieses Thema heute angesprochen. Wie sehen Sie die Sache?

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, wir haben Gott sei Dank ein Steuersystem, das für alle in Bayern gleichermaßen gilt. Auch die landwirtschaftlichen Betriebe bezahlen Steuern. Wir haben glücklicherweise mit dem § 13a Einkommensteuergesetz noch eine Ausnahmeregelung. Der Agrardiesel ist aber eine andere Sache. Diese Regelung hat mit dem Steuersystem für landwirtschaftliche Betriebe per se nichts zu tun. Beim Agrardiesel gibt es innerhalb Europas unterschiedliche Regelungen. Wir stehen an der Seite unserer Bäuerinnen und Bauern. Deshalb fordern wir, dass die Rückerstattung der Agrardieselsteuer weiterhin beibehalten wird. Das ist aber leider nicht der Fall; sie wird abgebaut. Im Steuersystem sind die Landwirte aber in gar keiner Weise benachteiligt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ruth Müller von der SPD-Fraktion.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Mit diesem Antrag soll wieder einmal suggeriert werden, dass sich die AfD um die An-

liegen der Landwirtschaft, der Landwirtinnen und Landwirte in diesem Lande, kümmert, zumindest auf dem Papier. In der Realität ist es aber anders; denn die AfD schürt gerade bei den Landwirten Ängste und Unzufriedenheit, weil das der Nährboden für rechtsextreme Parteien ist.

Unser Bundeskanzler Olaf Scholz ist mit den Verbänden der Landwirtschaft in ständigem Dialog. Auf Bundesebene werden Konzepte für die Zukunft der Landwirtschaft in Deutschland erarbeitet. Das ist der große Unterschied zur AfD. Sie suchen in der Landwirtschaftspolitik nicht nach Lösungen, sondern Sie hängen in der Vergangenheit und suchen dort die Lösungen für die Zukunft. Das sind die falschen Lösungen, wie wir aus der Geschichte unseres Landes wissen. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Die namentliche Abstimmung findet in elektronischer Form unter Verwendung Ihres Abgeordnetenausweises bzw. Ihrer Ersatzkarte und der Sprechstelle statt. Sofern noch nicht erfolgt, stecken Sie bitte Ihren Abgeordnetenausweis bzw. Ihre Ersatzkarte in den Kartenslot oben an Ihrer Sprechstelle. – Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 16:33 bis 16:36 Uhr)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmungszeit von drei Minuten ist um. Ich bitte Sie, die Gespräche einzustellen und wieder Platz zu nehmen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

(...)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bevor wir mit der Debatte fortfahren, gebe ich noch kurz das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten: Berlin die rote Karte zeigen!" auf Drucksache 19/390 bekannt. Mit Ja haben 27 gestimmt, Nein-Stimmen: 124, keine Enthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.04.2024 zu Tagesordnungspunkt 7: Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion AfD; Kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten: Berlin die rote Karte zeigen! (Drucksache 19/390)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X		Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan			
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter	X			Dr. Eiling-Hüting Ute			X
Arnold Horst				Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann			X
Atzinger Oskar	X			Fackler Wolfgang			X
Bäumler Nicole		X		Fehlner Martina			X
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane			
Baumann Jörg	X			Flierl Alexander			X
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl			X
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten			X
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick			X
Becher Johannes		X		Friesinger Sebastian			X
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan			X
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			X
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert			
Behringer Martin		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric				Gießübel Martina			X
Bergmüller Franz				Glauber Thorsten			
Bernreiter Christian				Goller Mia			
Birzele Andreas				Gotthardt Tobias			X
Blume Markus				Graupner Richard			X
Böhm Martin	X			Grießhammer Holger			
Böltl Maximilian		X		Grob Alfred			X
Bozoglu Cemal		X		Groß Johann			X
Brannekämper Robert		X		Gross Sabine			X
von Brunn Florian		X		Grossmann Patrick			X
Dr. Brunnhuber Martin				Guttenberger Petra			
Dr. Büchler Markus		X		Prof. Dr. Hahn Ingo			X
Celina Kerstin		X		Halbleib Volkmar			X
Deisenhofer Maximilian				Halemba Daniel			X
Demirel Gülsen		X		Hartmann Ludwig			X
Dierkes Rene				Hauber Wolfgang			X
Dierl Franc		X		Heinisch Bernhard			X
Dr. Dietrich Alexander		X		Heisl Josef			
Dietz Leo		X		Dr. Herrmann Florian			X
Dorow Alex				Herrmann Joachim			
Dremel Holger		X		Hierneis Christian			X
Dünkel Norbert		X		Högl Petra			X
				Hofmann Michael			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander				Pargent Tim		X	
Holetschek Klaus	X			Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Holz Thomas	X			Pirner Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard				Pohl Bernhard			
Huber Martin	X			Post Julia			
Huber Martin Andreas				Preidl Julian		X	
Huber Thomas				Rasehorn Anna		X	
Huml Melanie	X			Rauscher Doris		X	
Jäckel Andreas	X			Reiß Tobias		X	
Jakob Marina	X			Rinderspacher Markus		X	
Jungbauer Björn	X			Rittel Anton		X	
Jurca Andreas	X			Roon Elena		X	
Kaniber Michaela	X			Saller Markus		X	
Kaufmann Andreas	X			Schack Jenny		X	
Kirchner Sandro	X			Schalk Andreas		X	
Knoblauch Paul	X			Scharf Martin			
Knoll Manuel	X			Scharf Ulrike			
Köhler Claudia	X			Scheuenstuhl Harry		X	
Köhler Florian				Schießl Werner		X	
Kohler Jochen	X			Schmid Franz			
Koller Michael				Schmid Josef		X	
Konrad Joachim	X			Schmidt Gabi		X	
Krahl Andreas	X			Schnotz Helmut			
Kraus Nikolaus	X			Schnürer Sascha		X	
Kühn Harald	X			Schöffel Martin			
Kurz Sanne	X			Schorer-Dremel Tanja		X	
Lausch Josef	X			Schreyer Kerstin		X	
Lettenbauer Eva				Schuberl Toni			
Lindinger Christian	X			Schuhknecht Stephanie			
Lipp Oskar	X			Schulze Katharina			
Locke Felix		X		Schwab Thorsten		X	
Löw Stefan	X			Dr. Schwartz Harald			
Dr. Loibl Petra		X		Seidenath Bernhard		X	
Ludwig Rainer		X		Siekmann Florian			
Magerl Roland	X			Singer Ulrich		X	
Maier Christoph	X			Dr. Söder Markus			
Mang Ferdinand	X			Sowa Ursula		X	
Mannes Gerd	X			Stadler Ralf		X	
Dr. Mehring Fabian				Stieglitz Werner			
Meier Johannes	X			Stock Martin		X	
Meußgeier Harald	X			Stolz Anna			
Meyer Stefan		X		Storm Ramona		X	
Miskowitsch Benjamin	X			Straub Karl		X	
Mistol Jürgen	X			Streibl Florian			
Mittag Martin		X		Striedl Markus		X	
Müller Johann	X			Dr. Strohmayer Simone			
Müller Ruth		X		Stümpfig Martin			
Müller Ulrike		X		Tasdelen Arif		X	
Nolte Benjamin	X			Tomaschko Peter		X	
Nussel Walter		X		Toso Roswitha		X	
Dr. Oetzinger Stephan	X			Trautner Carolina		X	
Osgyan Verena		X		Triebel Gabriele			
				Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura		X	
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja			
Widmann Jutta			
Winhart Andreas			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	27	124	0